

KURZ & BÜNDIG

Haushaltsberatungen für Schulbereich

LACHENDORF. Für die Jahre 2021 und 2022 wird die Samtgemeinde Lachendorf einen Doppelhaushalt aufstellen. Das hatte der Rat im März beschlossen und mit der Wahl des neuen Parlaments und eines neuen Verwaltungschefs im kommenden Jahr begründet. Als erstes Gremium wird sich am heutigen Dienstag der Schulausschuss mit dem Doppelhaushalt befassen. Die Sitzung beginnt um 17 Uhr im Olen Drallen Hoff. Coronabedingt sind maximal fünf Zuschauer erlaubt.

Rathaus-Vorplatz Thema im Ausschuss

NIENHAGEN. Das Baugebiet Karl-Gehrke-Weg ist heute Thema im Bauausschuss der Gemeinde Nienhagen. Konkret geht es um den Endausbau der Straße und die Entwässerung. Außerdem wird über die Neugestaltung des Rathaus-Vorplatzes und die mögliche Nachfolgenutzung der Bücherei-Räume diskutiert. Sitzungsbeginn ist um 18 Uhr im Hagensaal.

Beratung über Kreishaushalt

CELLE. Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Finanzsituation des Landkreises Celle aus? Mit dieser Frage befasst sich heute der Finanzausschuss des Kreistages. Außerdem geht es um den Haushalt des kommenden Jahres. Die Sitzung beginnt um 14.30 im Kreistagssaal, Trift 26 in Celle. Coronabedingt sind maximal acht Zuschauer erlaubt.

Qualm: Feuertonne sorgt für Einsatz

EVERSEN. Wegen Rauchentwicklung aus einem Gebäude an der Everser Dorfstraße wurde gestern um 10.30 Uhr die Feuerwehr alarmiert. Einsatzkräfte der Feuerwehr Eversen fanden im Hinterhof eines Wohngebäudes eine stark rauchende Feuertonne vor und löschten diese. Die ebenfalls alarmierten Nachbarwehren aus Süze, Diesten, Hassel und Offen konnten ihre Einsatzfahrten abbrechen.

Geschichtswerkstatt findet nicht statt

FASSBERG. Coronabedingt fällt das heute für 18 Uhr im Gemeindesaal der Michaelkirche in Fassberg geplante Treffen der Geschichtswerkstatt aus. Geplant waren Beratungen über eine Info-Tafel zur Hakenkreuzglocke.

Luftfilter in Grundschulen?

Samtgemeinde Wathlingen diskutiert über Geräte / UWG lehnt schnelle Beratung ab

VON SIMON ZIEGLER

WATHLINGEN. Im Kampf gegen die Ausbreitung von Coronaviren in Klassenzimmern könnten mobile Luftfilteranlagen eine wichtige Rolle spielen. Doch die Geräte sind teuer.

In der Samtgemeinde Wathlingen wollte die SPD in der vergangenen Woche über die Filteranlagen diskutieren. Die Sozialdemokraten planten, das Thema kurzerhand auf die Tagesordnung des Schulausschusses zu heben. Die Zeit war knapp, also bat die SPD darum, die Dringlichkeit des Antrags festzustellen. Denn, so dachte sich die Fraktion, was ist in der zweiten Welle der Coronakrise dringender, als für saubere Luft in den Klassenzimmern der Grundschulen in Adelheidsdorf, Wathlingen und Nienhagen zu sorgen?

Doch die nötige Zweidrittel-Mehrheit kam nicht zustanden. „Alle waren dafür, darüber zu sprechen. Nur die UWG-Gruppe hat sich mit ihren drei Stimmen enthalten. Ich habe mich gewundert“, sagte Jörg Makel (SPD). Schließlich fehlte eine Stimme.

Den Schwarzen Peter weist Alexander Hass (UWG) aber weit von sich. „Andere Kommunen sprechen schon seit Monaten über die Anlagen. Warum passiert das hier im Hauruckverfahren?“, fragte er gegenüber der CZ. Luftfilter in den Grundschulen seien ein wichtiges Thema, räumt er ein. Würde man sie jetzt bestellen, könnten sie aber wohl erst im Februar oder März eingebaut werden. Allein schon wegen der Lieferzeiten gebe es keine Eile, meint Hass. Und dann sind da ja auch noch die enormen Kosten, die von der Samtgemeinde-Verwaltung auf rund 240.000 Euro geschätzt werden – plus Wartungskosten von 30.000 Euro im Jahr. Ein Filter wird nämlich mit 4000 Euro veranschlagt. An den drei Grundschulen würden 60 Anlagen benötigt.

Inzwischen ist klar, dass die Politik über das Thema beraten wird – ob die UWG will oder nicht. Die SPD wird am morgigen Mittwoch das Papier erneut in die Beratung einbringen, dieses Mal im Ausschuss für Umwelt und Energie (18 Uhr, Hagensaal in Nienhagen). Sollte dort die Dringlichkeit wieder nicht gesehen werden, wird die Verwaltung von sich aus das



Christoph Schmidt

„20-5-20“ heißt das Prinzip an den Schulen. 20 Minuten Unterricht, fünf Minuten Stoßlüften, dann wieder 20 Minuten Unterricht. Filteranlagen könnten die Luftqualität zusätzlich verbessern. Aber sie sind teuer.

Thema am 25. November auf die Tagesordnung des Samtgemeindeausschusses heben, wie

innerhalb einer halben Stunde 90 Prozent der Aerosole zu entfernen und damit laut SPD

Landeselternrat fordere die Installation der Geräte in den Schulen, sagt Makel. Vor allem in den Wintermonaten gewinnt das Thema an Dringlichkeit, wenn möglicherweise bei sinkenden Temperaturen weniger gelüftet wird. Makel spricht sich für eine schnelle Beschaffung aus. „Selbst wenn sich die Anschaffung vielleicht in zwei Jahren als wenig effektiv herausstellen sollte, so ist es doch derzeit genau die Maßnahme, die vermutlich mit zu mehr Sicherheit beitragen kann. Die Anschaffung ist wenn, dann jetzt nötig. Es ergibt keinen Sinn, das Für und Wider über den Winter zu diskutieren“,

sagt er. Hausknecht verweist allerdings darauf, dass der Städte- und Gemeindebund die zwingende Anschaffung der Filter nur für den Fall für richtig hält, dass vernünftiges Lüften nicht möglich ist. Das scheint an den drei Grundschulen nicht das Problem zu sein. „An der Grundschule Wathlingen kann man drei Fenster nicht öffnen. Diese werden repariert. Die anderen Fenster funktionieren alle“, erläutert Hausknecht. Experten bezeichnen die Luftfilter indes für sinnvoll – zusätzlich zum Lüften. Auch das Umweltbundesamt hält die Geräte für wirksam.

„Warum passiert das hier im Hauruckverfahren?“

Alexander Hass
UWG-Fraktion



Erster Samtgemeinderat Stefan Hausknecht bekannt gab. Raumluftfilter seien in der Lage, in einem Klassenzimmer

einen entscheidenden Beitrag zu leisten, damit sich weniger oder gar keine Kinder mit Covid-19 anstecken. Auch der

KREIS-FDP FORDERT FLÄCHENDECKENDEN EINBAU VON FILTERANLAGEN

Die Celler FDP-Kreistagsfraktion fordert, das Infektionsrisiko in den Schulen zu reduzieren. Die Liberalen haben beantragt, dass in Klassenräumen der landkreiseigenen Schulen, in den Aufenthaltsräumen der Lehrer und in den Sitzungsräumen des Landkreises „geeignete Luftreinigungsanlagen“ installiert werden. Bundes- und Landesregierungen handeln fähig, so die FDP. Es reiche im Kampf gegen Corona nicht aus, Klassenzimmer zu lüften. „Gerade durch kalte und trockene Luft können sich Viren und Keime besser verbreiten. Es ist unzumut-

bar für Schüler und Lehrer, in ausgekühlten Räumen den Unterricht angemessen abzuhalten“, sagte der Kreistagsabgeordnete Steffen Lenzen. Fraktionschefin Jutta Krumbach ergänzte: „Die ökologische Sinnhaftigkeit des Wechsels zwischen dem Heizen von Räumen und wiederholtem Stoßlüften ist ein weiterer kritischer Gesichtspunkt in Zeiten des Klimawandels.“ Die Liberalen befürchten auch eine Zunahme bei Erkältungskrankheiten. Die FDP verweist auf Forscher der Bundeswehr-Universität München. Diese würden für den Präsenzunterricht in der

kalten Jahreszeit Raumluftreiniger oder Entkeimungsgeräte in Kombination mit leichten baulichen Ergänzungen empfehlen. „Wir als Verantwortliche für unsere Schulen im Kreis Celle sollten zeigen, dass in der jetzigen Situation die Kreisverwaltung alles macht, um die Pandemie für unsere Bürger so erträglich wie möglich zu gestalten“, sagte Lenzen. Der Landkreis müsse sich deshalb verpflichten, noch in diesem Jahr sämtliche Klassen- und Lehrerzimmer der im Besitz des Landkreises befindlichen Schulen mit Luftreinigungsanlagen auszustatten, so die FDP.

Versöhnung fehlgeschlagen: Gericht muss entscheiden

Im Streit um CDU-Flyer finden Bürgermeisterin und Fraktion keine Lösung

BERGEN. Keine Einigung zwischen der CDU-Fraktion und Bergens Bürgermeisterin Claudia Dettmar-Müller im Streit um den CDU-Flyer. Wie die Stadtverwaltung gestern mitteilte, hätten die außergerichtlichen Gespräche zu keinem Konsens geführt. „Als Konsequenz sieht sich die Stadt Bergen dazu veranlasst, die Klage aufrechtzuerhalten und in der Sache das Gericht entscheiden zu lassen“, heißt es in der Mitteilung. Eckart Borges, Fraktionsvorsitzender der CDU im Berger Stadtrat, sprach in einer ersten Stellungnahme gegenüber der CZ von einer „unschönen Situation, unter der die Stadt Bergen leidet“. Einen Gewinner gebe es in der Sache nicht. Die Stadt Bergen hatte die



„Das ist eine unschöne Situation, unter der die Stadt Bergen leidet.“

Eckart Borges
CDU-Fraktionsvorsitzender

CDU-Ratsfraktion wegen eines Verstoßes gegen das Urheberrecht in einem im Mai verteilten Flyer abgemahnt. „Gerade bei

politischen Inhalten muss für die Bürgerschaft klar ersichtlich sein, wer Urheber und Herausgeber einer Schrift ist. Wir können nicht zulassen, dass eine Partei oder Gruppierung den Anschein erweckt, Inhalte seien von der Stadt abgestimmt oder durch die Stadt publiziert worden“, sagt Dettmar-Müller. Wie Borges berichtet, hatte die CDU-Fraktion der Bürgermeisterin schriftlich versichert, dass die CDU in Zukunft auf Flyern eindeutig darauf hinweisen, dass diese von den Christdemokraten kommen. Eine Unterlassungserklärung wollte die CDU nach Rücksprache mit ihrem Anwalt aber nicht unterzeichnen. Laut Borges sollten die Kosten dann geteilt werden. Der CDU-Fraktionschef verweist auf die Aussagen des Ers-



„Für die Bürgerschaft muss klar ersichtlich sein, wer Urheber ist.“

Claudia Dettmar-Müller
Bürgermeisterin

ten Kreisrates Michael Cordioli, nachdem die Kosten die Stadtkasse belasten werden – egal, wie der Rechtsstreit ausgeht.

Diese Meinung teilt Dettmar-Müller allerdings nicht. SPD-Ratsfrau Ros-Marie Siemsglöß fragt zudem, ob „die CDU-Fraktion den Steuerzahler dann für ihr eigenes und vom Gericht bestätigtes Fehlverhalten aufkommen lassen“ wolle? „Wie wollte die CDU-Fraktion das moralisch vor dem Wähler verantworten?“, fragt Siemsglöß. „Insbesondere vor dem Hintergrund der zwingend notwendigen Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.“ Sie persönlich könne der CDU-Fraktion nur empfehlen, der Stadt ihr zukünftiges Unterlassen zu erklären und für die bisher entstandenen Kosten aufzukommen. Unterdessen weist Jürgen Patzelt (Grüne) die „Behauptung“ von Walter-Christoph

Buhr (FDP) zurück. „Er möge bitte einige dieser Unbotmäßigkeiten nennen, der die Bürgermeisterin ausgesetzt war“, sagt Patzelt. „Ich habe in der Ratstätigkeit außer unterschiedlichen Ansätzen zur Vorgehensweise bei der Sanierung des Haushalts der Stadt keine derartigen Anmaßungen mitbekommen.“ (me)

Der Berger Stadtrat kommt am Donnerstag, 5. November, 19 Uhr, im Stadthaus zur nächsten öffentlichen Sitzung zusammen. Themen sind die Sanierung des Stadtbades und die Erklärung zum Weltfriedenstag. Drei neue CDU- und ein neues SPD-Ratsmitglied werden verpflichtet. Coronabedingt sind maximal 30 Zuhörer zugelassen.